



Teilhabe-Beirat  
Landkreis Böblingen

## Protokoll zur Sitzung des Teilhabe-Beirats am 31.05.2016

### Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Raum	Bereich	Stimmberechtigte	Stellvertretungen	Assistenzen
Leo	Wohnen	● Andrea Butz	● Dennis Walker	● Lisa Rehme
	Werkstatt	● Utz Mörbe	● Detlef Ulrich	
	Schüler	● Steven Sachs		● Silvia Baum
BB/Sifi	Wohnen	● Gabi Schweigert	● Wolfgang Körner	● Maria Hahn
	Werkstatt		● Frank Jaehdeke	● Michael Kimmich
	Schüler			
Hbg	Werkstatt	● Stefan Hehr	● Tanja Schreier	● Lars Graf
	Wohnen	● Günter Wenzler	● Carsten Weiß	● Floris van der Ham
	Senioren	● Thea Wanner		
	Fürsprecherin			
Gesamt		7 Stimmberechtigte	6 Vertreter/innen, davon 1 stimmberechtigt	6 Assistenzen

Von der Verwaltung:

Herr Keller, Frau Martin, Herr Hackl, Frau Heyt

Vom Kreistag:

Herr Bühler (FDP), Herr Burkhardt (Freie Wähler), Frau Forster (CDU),  
Herr Kern (SPD), Frau Müller (Bündnis90/Die Grünen), Frau Ostmeyer  
(Linke), Frau Stötzer-Rapp (Bündnis90/Die Grünen)

Gäste:

Frau Maaß, Nachfolgerin Lisa Rehme  
Frau Müller, Assistentin Leonberg  
Presse

Entschuldigt/nicht anwesend sind:

Aus dem Raum Sindelfingen: Vid Vekic, Donovan Fauser, Maja Hänslar, Herr Scheu, Herr Schlegel,  
Frau Scholz

Aus dem Raum Herrenberg: Frau Schäfer-Weber, Frau Esche, Herr Fischer

Von der Verwaltung: Herr Schmid

Vom Kreistag: Herr Kuppler (Freie Wähler)

## **Top 1: Begrüßung und Ablauf der Sitzung**

### Begrüßung

Herr Mörbe begrüßt als Vorsitzender alle Teilnehmenden und Gäste.

### Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt fest:

Es sind 7 der 10 stimmberechtigten Mitglieder anwesend.

Dazu kommt noch ein Vertreter, der auch stimmberechtigt ist.

Der Teilhabe-Beirat ist also beschlussfähig.

### Neue Mitglieder stellen sich vor

Dennis Walker ist das neue Mitglied aus der Atrio in Leonberg.

Anna-Maria Müller kommt als neue Assistentin aus Leonberg.

Maja Hänslar ist heute leider nicht anwesend. Sie ist das neue Mitglied von der Winterhalden Schule.

Frau Maaß übernimmt die Assistenz von Frau Rehme.

Herr Hackl möchte ein E-Mail mit den Daten.

### Tagesordnung

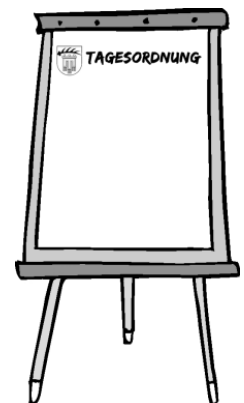
Herr Mörbe fragt, ob noch jemand einen Punkt für die Tagesordnung hat.

### Genehmigung des Protokolls zur letzten Sitzung

Herr Mörbe fragt, ob das Protokoll der letzten Sitzung vom 16.02.2016 in Ordnung war.

Alle sind zufrieden.

Das Protokoll wird genehmigt und auf die Home-Page gestellt.



## **Top 2: Wir schauen in die Vergangenheit**

### **Offene Punkte vom letzten Mal**

#### Das neue Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz Teil 4

Frau Martin stellt Teil 4 des neuen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes vor. Teil 4 behandelt den Maßregelvollzug.

Maßregelvollzug gibt es für Straftäter, die psychisch krank oder suchtkrank sind.

Der Maßregelvollzug findet in einem Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt statt.

Die Betroffenen dürfen dort nicht weg.

Sie sind dort eingesperrt. Ihre persönliche Freiheit wird nur soweit zwingend notwendig eingeschränkt.

Herr Wenzler möchte wissen, ob die Menschen in ihrem Zimmer eingeschlossen werden.

Frau Martin sagt, dass es Unterschiede gibt.

Es kann sein, dass Menschen im Zimmer eingeschlossen werden. Es kann auch sein, dass die ganze Station abgeschlossen ist. Es kommt



darauf an, wie krank eine Person ist.

Frau Martin erklärt, dass man den Personen eine Therapie anbieten muss. Betreuer und Betroffener planen diese gemeinsam. Ziel ist, dass der Patient gesund entlassen werden kann.

Der Patient muss sich an Abmachungen halten.

Zum Beispiel Medikamente nehmen.

Für den Patienten und andere Menschen soll es so wenig Gefahr wie möglich geben. Es wird alles zwischen den Patienten, den Betreuern, den Ärzten und der Verwaltung abgesprochen.

Es ist auch geregelt, wer alles bezahlt.

Die Patienten haben ein Recht auf Besuch.

Die Einrichtung entscheidet, welcher Besuch kommen darf.

Er muss dem Betroffenen gut tun und darf die Sicherheit und Ordnung nicht gefährden.

Herr Ulrich fragt, ob nur Verwandte 1. Grades kommen dürfen. Das sind zum Beispiel Eltern oder Geschwister.

Es darf jeder kommen, der dem Patienten gut tut.

Es darf in den Maßregelvollzug nicht alles mitgenommen werden, zum Beispiel keine Handy's.

Es gibt aber Ausnahmeregelungen.

Herr Wenzler möchte wissen, ob Blinde ein Radio mitnehmen dürfen.

Frau Martin sagt, dass das ein Einzelfall sein könnte.

Fernseher dürfen nicht mitgenommen werden.

Es gibt einen Fernseher für alle zusammen. Für einen Fernseher auf dem Zimmer braucht man eine Genehmigung.

Herr Sachs fragt, wie man mit seinen Eltern telefonieren kann und was mit dem Handy passiert.

Frau Martin erklärt, dass es in den Einrichtungen ein Telefon für alle gibt. Die Handy's werden am Anfang abgenommen.

Es wird alles aufgeschrieben, was ein Patient abgegeben hat.

Herr Kern möchte wissen, wer darüber entscheidet, ob ein Patient dort hin kommt. Er fragt, ob es darum geht, dass der Patient danach wieder normal leben kann. Oder ob er für eine Straftat bestraft wird.

Frau Martin sagt, dass durch den Maßregelvollzug dem Patienten so gut wie möglich geholfen werden soll. Er soll so weit wie möglich geheilt und danach wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden.

Es geht nicht darum, den Patienten zu bestrafen. Aber er darf nicht mehr gefährlich für die Gesellschaft sein.

Über eine Einweisung wird von einem Richter entschieden.

Es kann sein, dass dafür keine Zeit ist, weil „Gefahr im Verzug“ ist. Dann ruft die Polizei einen Arzt.

Der kann dann über die Einweisung entscheiden.

Die richterliche Anordnung muss dann nachgereicht werden.

Herr Ulrich möchte wissen,

ob eine Behinderten-Einrichtung jemanden einweisen darf.

Herr Kimmich erklärt, dass die Einrichtung einen Arzt holen kann.

Selbst kann sie niemanden einweisen.

Frau Stötzer-Rapp fragt, ob es ein Facharzt sein muss.

Herr Kimmich meint, es kann auch ein Hausarzt oder ein Psychiater sein.



Die neue Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle (IBB-Stelle)  
für seelisch behinderte Menschen im Landkreis Böblingen:

Frau Martin berichtet:

Alle Land- und Stadtkreise müssen so eine Stelle einrichten.

Die Stelle besteht aus mindestens 3 Personen.

Ein Betroffener, der selber Psychiatrie-Erfahrung hat.

Ein Angehöriger von einem Betroffenen,  
der weiß, wie es dem kranken Menschen geht.

Ein Professioneller, der sich beruflich mit Psychiatriebeschäftigt.

Diese Mitglieder machen das ehrenamtlich.

Sie müssen vom Sozialausschuss benannt werden.

Es wurden 3 Personen gefunden und vom Landrat ernannt.

Sie heißen: Frau Aßmann (Betroffene),

Frau Rakoczy (Angehörige) und

Frau Brenner (Heil-Praktikerin für Psycho-Therapie).

Frau Brenner ist auch Patientenfürsprecherin.

Frau Stötzer-Rapp möchte wissen,  
wie lange die Frauen das machen.

Frau Martin sagt, dass die Mitglieder  
das unbefristet machen können.

Die IBB-Stelle kann Informationen über andere  
Anlaufstellen geben.

Beschwerden werden angenommen.

Frau Brenner hat im AK Teilhabe von einem Fall erzählt:

Ein Patient war in einer geschlossenen Abteilung.

Bei der Entlassung hat eine Uhr gefehlt.

Die Patienten-Fürsprecherin hat mit ihm zusammen  
die Liste mit den persönlichen Sachen angeschaut, die der Patient abgeben musste.  
Dort stand die Uhr drauf. Sie wurde gefunden.

Es können dort auch Beschwerden  
über einen Arzt gemacht werden.

Es gibt ein Mal im Monat eine Sprechstunde in Leonberg.

Man kann auch anrufen und auf den Anruf-Beantworter sprechen.

Es ruft dann jemand zurück.

Oder man schreibt eine E-Mail.

Es gibt auch noch andere Beratungs-Stellen im Landkreis.

Zum Beispiel das Sachgebiet Eingliederungshilfe im Landratsamt.

Die IBB-Stelle ist aber neutral und unabhängig.

Das Landratsamt kann keine Anweisungen geben.

Herr Sachs fragt, ob man sich dort über seine Eltern beschweren kann.

Frau Martin sagt, dass man sich dort beraten lassen kann.

Man bekommt dann Stellen gesagt, die einem helfen.

Herr Hackl erklärt, dass die IBB-Stelle für psychisch kranke Menschen ist -  
nicht für Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung.

Frau Ostmeyer fragt, wie man merkt, ob viele Leute die  
IBB-Stelle in Anspruch nehmen.

Frau Martin sagt, dass es ein Mal im Jahr von allen IBB-Stellen einen Bericht gibt.

Die Berichte bekommt das Sozial-Ministerium.

Es gibt beim Land auch eine Ombudsstelle.

Diese schreibt auch einen Jahresbericht. Den ersten Bericht gab es schon.

Es gibt ein zentrales Melderegister im Land.

Dort müssen die anerkannten Unterbringungseinrichtungen  
alle Unterbringungs- und Zwangsmaßnahmen eintragen.



Schon vor dem neuen Gesetz wurden dazu Daten erhoben.  
Im Jahr 2014 gab es landesweit über 15.800 Patienten.  
Davon haben 78 eine Zwangs-Behandlungen bekommen. Das sind nur 0,5 %.  
Davon waren etwa 50 Personen in einer Notfallsituation.  
Sie haben eine Zwangs-Medikation erhalten.  
Bei etwa 28 Personen gab es vorher eine richterliche Anordnung.

Herr Kimmich möchte wissen, wie die Betroffenen über die IBB-Stelle informiert werden.

Frau Martin antwortet, dass ein Bericht in der Zeitung stand. Es werden auch noch Flyer gemacht. Die Flyer werden verteilt, zum Beispiel an Fortis und an Beratungsstellen.

Es gibt auch Informationen im Internet.

Herr Wenzler fragt, ob die IBB-Stelle mit der Konflikt- und Meldestelle im Tennental vergleichbar ist.

Er will wissen, ob es so eine Stelle auch für geistig Behinderte gibt.

Frau Martin sagt, dass es in den verschiedenen Einrichtungen immer Vertrauenspersonal gibt.



**Zeitungen und Flyer informieren Betroffene über die IBB-Stelle.**

#### Kein Geld für Dozent für Gebärdensprache bessere Information über vorhandene Angebote

Herr Hackl erinnert nochmal an Frau Pöllinger.  
Sie ist vom Verein Gib Chance e.V. und war am 06.10.2015 zu Gast beim Teilhabe-Beirat. Es gab danach einen Antrag auf Zuschuss für einen Dozenten für Gebärdensprache.

Der Antrag wurde an 5 Landkreise gemeinsam gestellt.

4 Landkreise haben den Antrag abgelehnt.

Der Landkreis Böblingen hat einen „runden Tisch“ gemacht.

Dort waren auch Beratungsstellen für Hörgeschädigte und Vertreter von Schulen dabei.

Dabei wurde festgestellt, dass es schon ein gutes Angebot gibt.

Das Angebot ist noch nicht bekannt.

Das soll geändert werden.

Alle sagen, dass kein zusätzliches Angebot nötig ist.

Frau Ostmeyer fragt nach der Reaktion von Frau Pöllinger auf diese Entscheidung.

Sie hat die Entscheidung weitergeleitet und dann nichts mehr gehört.

Herr Keller sagt, dass die Informationen über Hilfen für Hörgeschädigte im Internet stehen, auf [www.lrabb.de](http://www.lrabb.de). Dort gibt es einen Punkt „Soziales“ und darunter den Punkt „Infos für Hörgeschädigte“.

Das sind zum Beispiel eine Vermittlungs-Zentrale für Gebärdens-Dolmetscher oder andere Angebote.

Herr Mörbe regt an, die Informationen mit der Internet Seite vom Teilhabe-Beirat zu verlinken.

Frau Stötzer-Rapp meint, dass es Informationen geben sollte, wann jemand einen Anspruch hat. In Herrenberg gab es Veranstaltungen mit Gebärdens-Dolmetscher.

Vorher muss dafür Werbung gemacht werden.

Sonst wird der Dolmetscher umsonst bezahlt.

Herr Mörbe findet, dass ein Gebärdens-Dolmetscher bezahlt werden muss, wenn ein Gehörloser im Landratsamt einen



#### **Auftrag:**

Die Informationen für Hörgeschädigte werden mit der Internet-Seite des Teilhabe-Beirats verknüpft. Herrn Hackl kümmert sich um eine Verlinkung.

Termin hat oder im Teilhabe-Beirat sitzt.  
Herr Hackl sagt, dass die Kosten für Termine in der Verwaltung erstattet werden. In Gemeinden und im Landkreis. Dafür gibt es ein Gesetz.  
Bei Veranstaltungen muss kein Gebärden-Dolmetscher da sein.  
Herr Wenzler erzählt von einem Bericht aus dem Radio. Es gibt Filme mit Gebärden-Dolmetscher und Untertitel. So können Blinde „mit den Augen hören“. Er selber „sieht mit den Ohren“.  
Frau Karin Müller fragt, ob ein Gebärden-Dolmetscher da wäre, wenn jemand im Teilhabe-Beirat hörgeschädigt wäre.  
Frau Stötzer-Rapp sagt, dass dann die Assistenz übersetzt.  
Herr Hackl meint, das muss im Einzelfall entschieden werden.

### Barrierefreier Ausbau der S-Bahn Stuttgart Informationen vom Verkehrs-Verbund Stuttgart

Herr Kuppler wollte beim letzten Mal von Herrn Tatzel vom Verkehrs-Verbund Stuttgart Informationen. Wann sollen welche Station der S-Bahn barrierefrei ausgebaut werden? Herr Tatzel hat Informationen geschickt. Leider gibt es für den Ausbau keine genaue Liste.  
Herr Hackl zeigt 2 Pläne zum „Barrierefreier Ausbau der S-Bahn in Stuttgart“ aus einer Präsentation der Deutschen Bundesbahn.  
Plan 1 heißt: Stufenfreier Einstieg in die S-Bahn. Haltestellen, an denen man ebenerdig einsteigen kann, sind grün dargestellt. 32 Haltestellen sind noch nicht grün.  
Bis zum Jahr 2020 sollen ein paar Haltestellen ausgebaut werden. Die Deutsche Bahn möchte dafür Zuschüsse vom Land. Das wird gerade verhandelt.  
Im Landkreis Böblingen will die Bahn keine Haltestellen umbauen. Dabei gibt es an der S-Bahn Linie nach Leonberg und Weil-der-Stadt noch viel zu tun.  
Auf dem 2. Plan geht es um Stationen mit taktilen Blindenleitsystemen. Haltestellen mit Leitsystem sind grün dargestellt. Sehr viele Stationen haben aber die Farbe rot. Sie haben kein Leitsystem. Bis 2020 sollen nur die Tunnelstationen in Stuttgart ausgebaut werden. Für Menschen mit Sehbehinderung muss noch viel getan werden.  
Die Kreisräte im Teilhabe-Beirat sollen in ihren Regionalfraktionen den barrierefreien Ausbau der S-Bahn ansprechen.  
Herr Ulrich möchte wissen, was ein taktiler Blindenleitsystem ist.  
Herr Hackl erklärt, dass es ein Orientierungs-System für Blinde Menschen ist. Es sind Rillen auf dem Boden. Die Rillen führen an einer Straße entlang. Es gibt auch Aufmerksamkeits-Felder mit Noppen. Das heißt dann: Achtung!  
Dann geht es zum Beispiel Treppen hinunter.  
Herr Hackl legt die beiden Pläne zum Protokoll.



#### **Auftrag:**

Die Kreisräte sollen ihre Regionalfraktionen auf den barrierefreien Ausbau der S-Bahn ansprechen.



### Top 3: Was läuft aktuell?

#### Vorstellung des neuen Beauftragten für Menschen mit Behinderung im Landkreis: Herr Hackl

Herr Hackl stellt sich als neuer Behinderten-Beauftragten vor. Er ist unabhängig und als Vermittler und Streit-Schlichter tätig. Es gab in den ersten 4 Wochen schon 30 Anfragen. Er erzählt zum Beispiel von einem Mann mit Unterarm-Rollator. Er kommt nicht in den Bus. Er benötigt einen Niederflerbus. Herr Hackl führt Gespräche und versucht eine Lösung zu finden. Er berät den Landkreis und muss beteiligt werden. Er hat ein besonderes Auskunftsrecht.

Frau Karin Müller möchte wissen, ob Herr Hackl auch in die Gemeinden kommt, wenn dort etwas bewegt werden soll. Herr Hackl sagt, dass er schon in Arbeitskreisen vor Ort war. Er hat dort Erfahrungen gesammelt. Die kann er weiter geben. Er versucht zu kommen, wenn er gefragt wird.



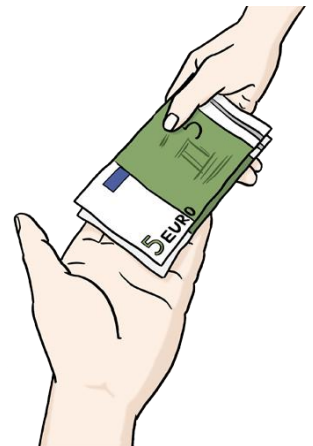
**Der neue Behinderten-Beauftragte des Landkreises Reinhard Hackl ist im Teilhabe-Beirat bekannt.**

#### Anrechnung von Prämien in den Behindertenwerkstätten

Herr Mörbe berichtet, dass das auf Bundes-Ebene geregelt werden muss. Über das neue Teilhabe-Gesetz. Auf Kreisebene ist keine Regelung möglich. Herr Ulrich sagt, dass er keine Bonus-Zahlung bekommt, weil er im Wohnheim wohnt.

Herr Keller ist Experte für diese Frage. Wenn ein Mensch mit Behinderung vom Sozialamt Grundsicherung bekommt, müssen Bonus-Zahlungen zum Teil darauf angerechnet werden. Herr Hackl meint, das ist keine Benachteiligung. Die Menschen im Wohnheim werden versorgt. Sie müssen etwas von Ihrem Einkommen dazu geben. Wer sich selbst versorgen kann, bekommt keine Sozialhilfe.

Herr Ulrich möchte wissen, wie es in seinem Fall ist. Er bezahlt Miete und Lebensmittel selbst. Wenn er alles selbst bezahlt, also ohne Grundsicherung, dann bekommt er die ganze Prämie. Sobald Sozialhilfe bezahlt wird, muss das Gehalt aber zum Teil angerechnet werden.



#### Bericht zum Mitmach-„Barrierefrei“-Wegweiser

Herr Hackl erzählt, dass sich 26 Schulen beworben haben. In 24 Kreis-Gemeinden werden Schüler barriere-freie Orte kennzeichnen. Zurzeit werden die Rolli-Gruppen und Lehrer geschult. Es werden noch Senioren gesucht. Der Wettbewerb startet nach den Sommer-Ferien. Die Hilde Domin-Schule ist mit einer Sprach-Flüchtlings-Klasse unterwegs. Es arbeiten viele Ehrenamtliche mit. Das macht die Organisation manchmal schwierig.

Frau Karin Müller möchte wissen, ob es Gemeinden gibt, die nicht gemappt werden. In Rutesheim und Weissach sind keine Schüler unterwegs. Die Bewerbungszeit des Wettbewerbs ist zu Ende. In den beiden Gemeinden kann später noch kartiert werden.



#### Planung: Besichtigung Neubau im Tennental

Der Vorschlag von Herrn Weiß wurde aufgenommen.  
Herr Hackl hat mit Herrn Willms vom Tennental telefoniert. Wir dürfen gerne kommen.  
Wir werden dort die Teilhabe-Beirats-Sitzung machen. Dabei besichtigen wir den Neubau.  
Von der S-Bahnstation Gärtringen fährt jede Stunde ein Bus. Zusätzlich wird ein Klein-Bus vom Landratsamt organisiert.  
Der Termin ist der 08.11.2016 um 13:00 Uhr.  
Man kann sich nach der Einladung für den Bus vom Landratsamt anmelden.  
Herr Wenzler lädt alle Mitglieder zu den Konzerten der Green-Island-Band ein.  
Er spielt dort Schlagzeug. Herr Hackl gibt die Konzert-Termine über den Verteiler weiter.



**Der Teilhabe-Beirat  
besucht die  
Dorfgemeinschaft  
Tennental und besichtigt  
den Neubau.**

#### **TOP 4: Wir schauen in die Zukunft**

##### Ideen/Impulse für die nächste Sitzung

Herr Mörbe schlägt vor, das nächste Mal über das neue Bundes-Teilhabe-Gesetz zu sprechen.  
Die GWW überlegt, Menschen aus dem Förder-und Betreuungsbereich (FUB) mehr Mitsprache zu ermöglichen.  
Sie sollen auch im Teilhabe-Beirat mitreden dürfen.  
Bisher gibt es nur eine Fürsprecherin.  
Herr Kimmich will in die nächste Sitzung dazu jemand mitbringen.

#### **TOP 5: Sonstiges**

Ein Flugblatt zum 50. Jubiläum der Karl-Georg-Haldenwang-Schule liegt aus.  
Außerdem gibt es eine Schulung für Behinderten-Vertreter, Betriebs-und Personalräte vom Sozialverband VDK.  
Herr Kimmich lädt zum Fachtag der GWW ein.  
Es geht um Menschen mit Autismus.  
Herr Ulrich lobt die Protokolle vom Teilhabe-Beirat und die Arbeit von Herrn Mörbe, Herrn Hackl und Frau Martin.

##### Nächster Sitzungstermin:

Die nächste Sitzung soll am 08.11.2016 um 13:00 Uhr im Tennental stattfinden.  
Niemand hat etwas dagegen.  
Deshalb ist die nächste Sitzung am

**Datum: 08.11.2016**

**Uhrzeit: 13:00 Uhr**

**Ort: Tennental**

Das Protokoll schrieben: Christine Heyt und Reinhard Hackl

Fertig gestellt am: 26.07.2016